



Pressemitteilung

Ansbach, 13.09.2011

Konferenz in Berlin: "Keine Angst vor Konversion" – Truppenreduzierung als Chance

Linke fordert Konzepte für zivile Umnutzung an allen Militärstandorten

Makrodaten: Mehr Arbeitsplätze und Steuerkraft nach Abzug – Zivilangestellte bleiben

Im Rahmen der vergangenen Freitag stattgefundenen Konversionskonferenz einigten sich Teilnehmer aus Militärregionen des gesamten Bundesgebiets, Konversionsexperten und Bundes-, Landes- und Kommunalpolitiker der Linken auf gemeinsame Ziele für die Zukunftsplanung jenseits von Armeepresenz: An allen Standorten sollen frühzeitig Strategien für die zivile Umnutzung angeschoben werden. Hierbei erfordere es insbesondere Eigeninitiative der Kommunen, die beim Konversionsmanagement auf zahlreiche Fördertöpfe des Bundes und der Länder zurückgreifen können.

Hintergründe für die erste bundesweite Konversionskonferenz waren anstehende Schließungen von Bundeswehrstandorten, der Abzug des US-Militärs aus dem Rhein-Neckar-Raum sowie die überraschende Ankündigung der britischen Armee, bis 2020 alle Truppen aus Deutschland abzuziehen. Diese Entwicklung macht die Planung ziviler Nutzungskonzepte auch für die Ansbacher US-Basen in den kommenden Jahren erforderlich.

Die Konversionsexperten, darunter der Verkaufsleiter der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BIMA), Jörg Musial, beleuchteten die wirtschaftlichen Entwicklung nach Truppenabzügen. So konnte etwa in Rheinland-Pfalz die Zahl der Arbeitsplätze an den ehem. Standorten mittelfristig verdoppelt werden. Gesamtdeutsche Makrodaten zeigen, dass die zivile Umnutzung zudem die Steuerkraft sowie die Gewerbesteuererinnahmen der betroffenen Städte stark anwachsen lässt. Dabei konnten in zahlreichen Beispielprojekten bestehende Zivilarbeitsplätze beim Militär, etwa im Bereich Gebäudemanagement, durch die Konversion erhalten werden.

Gerade in Städten mit zentralörtlicher Funktion, vergleichbar dem Oberzentrum Ansbach, verliefen Konversionsprojekte besonders erfolgreich. Voraussetzung jedoch ist, dass die Kommune bereits im Vorfeld eines möglichen Abzuges Entwicklungsprozesse einleitet. So dürften Militärbasen aus stadtplanerischer Sicht nicht weiter als "tote Region" gelten. "Konversion als Querschnittsaufgabe birgt zahlreiche Chancen für die Regionalentwicklung.

Truppenreduzierungen eröffnen Möglichkeiten für den sozial-ökologischen Umbau der Gesellschaft", betonten die Konferenzteilnehmer mit Blick auf die konkrete Umsetzung der Konversion, die zunehmend als Motor für die Entwicklung erneuerbarer Energien gilt. Hier müsse Ansbach im Besonderen dranbleiben, nachdem die US-Armee im vergangenen Jahr das Entstehen eines Windparks in Katterbach verhindert hat, erinnerte die Offene Linke: "Die Militärliegenschaften in unserer Stadt müssen in die mittelfristige Planung mit einbezogen werden. Ein Klimaschutzkonzept, das nicht wie bisher große Flächen des Stadtgebiets, die derzeit militärisch genutzt werden, ausspart, ist ein erster Schritt, um für die Konversion gewappnet zu sein."

gez. Boris-André Meyer, Stadtrat